

U 007

Lfd.-Nr. 1204

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Friedenspolitik

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1 Der DGB tritt für eine allgemeine und weltweite kontrollierte
2 Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens
3 und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein. Er ist
4 damit Teil der Friedensbewegung und macht sich - anknüp-
5 fend an eine lange Tradition im Kampf gegen Faschismus und
6 Militarismus - für eine aktive und nachhaltige Friedenspolitik
7 stark.

8
9 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für
10 ein Leben in Frieden, Demokratie, Freiheit, Menschenwürde
11 und sozialer Sicherheit ein und unterstützen diese Ziele welt-
12 weit. Kriege und Bürgerkriege schaffen unendliches Leid und
13 vernichten Menschenwürde und den sozialen Zusammenhalt.
14 Nicht nur Soldaten sind Kriegsoffer. Die überwältigende
15 Mehrheit sind Zivilisten, ein Großteil davon Kinder. Ihnen wer-
16 den Perspektiven und Zukunft genommen.

17
18 **Für den DGB steht fest: Krieg kann und darf niemals**
19 **ein Mittel der Politik sein – Nie wieder Krieg!**

20
21 Die Ursachen von Konflikten und Kriegen gilt es mit zivilen
22 Mitteln zu beseitigen. Gewalt kann nicht mit Gewalt einge-
23 dämmt werden. Vielmehr müssen die Möglichkeiten zu
24 Friedensbildung, ziviler Krisenprävention und gewaltfreier Kon-
25 fliktbearbeitung aus- und der gesellschaftliche Einfluss des
26 Militärs und der Rüstungsindustrie, vor allem in Bildungs-
27 einrichtungen, abgebaut werden.

28
29 Der DGB fordert daher, die weltweiten Ausgaben für Militäre-
30 insätze und Rüstung drastisch zu reduzieren und das einge-
31 sparte Geld für Bildung und nachhaltige Entwicklung zu ver-
32 wenden.

33
34 Viele Staaten geben mehr Geld für Rüstung als für Bildung
35 aus. So wird das Recht auf Bildung doppelt torpediert: Die
36 Rüstungsausgaben reduzieren die Spielräume für Bildungsfi-
37 nanzierung, bewaffnete Konflikte berauben die Menschen ih-
38 rer Lebens- und Bildungschancen.

39
40 **Der DGB fordert: Bildung statt Rüstung! Er wird sich**
41 **im Rahmen seiner Möglichkeiten für dementspre-**

42 **chende nationale und internationale Aktivitäten ein-**
43 **setzen.**

44

45 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen das Men-
46 schenrecht auf Bildung verwirklichen. Dies kann nur durch
47 eine Erziehung in Frieden zum Frieden geschehen. Das Recht
48 auf Bildung umfasst das Recht auf Menschenrechts- und
49 Friedensbildung.

50

51 Der DGB betont deshalb die Grundsätze der Erklärung der
52 Bildungsinternationalen, in der die Verpflichtung zu einer
53 werthaftern, an den Menschenrechten orientierten Bildung und
54 Erziehung festgelegt ist.

55

56 Er stellt sich hinter die gemeinsame Erklärung der
57 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit der
58 Kultusministerkonferenz, die die Zukunftsaufgaben von
59 Bildung und Erziehung durch die Sicherung von Frieden und
60 Gewaltfreiheit geprägt sieht.

61

62 Er verweist außerdem auf den Beutelsbacher Konsens, der für
63 die politische Bildung maßgeblich ist und ein Überwältigungs-
64 verbot, ein Kontroversitätsgebot sowie die Berücksichtigung
65 des Interesses der Schülerinnen und Schüler vorsieht.

66

67 **Der DGB fordert: Friedensbildung statt Ver-**
68 **harmlosung oder Idealisierung von Krieg und Waffen-**
69 **technologie!**

70

71 Der DGB verurteilt die teils aggressive, teils verdeckte Wer-
72 bung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und in Bildungs-
73 einrichtungen für den Einsatz von Kriegswaffen und für den
74 Soldat/innenberuf. Die Aufgaben und Belastungen des Solda-
75 tenberufes sowie seine gesellschaftlichen Auswirkungen wer-
76 den gezielt verharmlost. Die Werbung für Actioncamps und
77 Abenteuerurlaube täuscht bewusst über die Realität des Tö-
78 tens und Sterbens im Kriegseinsatz hinweg.

79 Junge Menschen werden durch den alleinigen Einsatz von
80 Jugendoffizieren an Schulen in der Ausübung ihres Rechts auf
81 eine freie Meinungs- und Willensbildung einseitig beeinflusst.
82 In vielen Bundesländern ist die Bundeswehr - obwohl sie kei-
83 nen Bildungsauftrag hat - durch Kooperationsvereinbarungen
84 in der Lage, sowohl direkt auf Schüler/innen und Lehrkräfte
85 einzuwirken als auch indirekt die inhaltliche Gestaltung des
86 Unterrichts politisch zu beeinflussen (z.B. durch die Bereitstel-
87 lung kostenlosen Unterrichtsmaterials). Das Überwältigungs-

88

89 verbot, das Kontroversitätsgebot und das Interesse der Schüle-
90 rinnen und Schüler werden systematisch verletzt.

91

92 **Der DGB fordert die Länder auf, bestehende Koopera-**
93 **tionsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kün-**
94 **digen. Sie sieht in den Lehrkräften die Fachkräfte, die**
95 **unter Beachtung des Beutelsbacher Konsenses am**
96 **besten dazu geeignet sind, Friedensbildung frei von**
97 **Interessen Dritter zu vermitteln.**

98

99 Auch die zunehmende Militarisierung von Forschung und
100 Lehre betrachtet der DGB kritisch. Drittmittelaufträge für
101 wehr- und sicherheitstechnische Forschung an öffentlichen
102 Hochschulen unterliegen der „Geheimhaltungsordnung“, Militär
103 und Rüstungsindustrie gewinnen im Zuge der fortschreitenden
104 Abhängigkeit wissenschaftlicher Einrichtungen von privaten
105 Geldgebern Einfluss: Rüstungskonzerne vergeben Forschungs-
106 arbeiten und finanzieren Stiftungsprofessuren, Jugendoffiziere
107 bieten Veranstaltungen an, die sich Studierende für ihr
108 Studium anrechnen lassen können. Dabei sind längst nicht nur
109 Natur- und Ingenieurwissenschaften betroffen, auch in Phar-
110 mazie, Medizin und Sozialwissenschaften wird für Kriege und
111 deren Legitimation und Akzeptanz geforscht. Forschung und
112 Lehre sollten dazu beitragen, Ursachen von Krieg, Möglichkei-
113 ten ziviler Konfliktbearbeitung und die Voraussetzungen für
114 Frieden zu ergründen und nicht militärischen Zwecken dienen.
115 Hochschulen müssen Orte offener Wissensproduktion sein und
116 ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.

117

118 **Der DGB fordert daher Hochschulen und Forschungs-**
119 **einrichtungen auf, sich über Zivilklauseln auf die For-**
120 **sorgung zu zivilen und friedlichen Zwecken zu verpf-**
121 **lichten. Der Abhängigkeit der Wissenschaft von**
122 **privatwirtschaftlichen Geldgebern muss durch eine**
123 **ausreichende öffentliche Finanzierung entgegen-**
124 **gewirkt und Zwecke der Forschung müssen der Öff-**
125 **entlichkeit transparent gemacht werden.**

126

127 Der DGB zeigt sich außerordentlich besorgt über die nationale
128 wie internationale Rolle der Bundeswehr.

129 Die Bundeswehr hat sich seit 1990 immer weiter von einer
130 nationalen Verteidigungsarmee zu einer internationalen In-
131 terventionstruppe gewandelt. Zur Aufgabe der Bundeswehr
132 gehört es nunmehr ausdrücklich auch, freie Handelswege, eine
133 gesicherte Rohstoffversorgung sowie die Erschließung und
134 den Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten

135

136 zu sichern. Mit Friedenssicherung hat dies nichts zu tun.

137

138 **Der DGB lehnt die Beteiligung der Bundeswehr an**
139 **derartigen Einsätzen ab. Er fordert die Bundesregie-**
140 **rung und den Bundestag auf, jegliche direkte oder in-**
141 **direkte Unterstützung von militärischen Interventio-**
142 **nen, die nicht von einem UN-Mandat gedeckt sind, zu**
143 **unterlassen oder zu beenden.**

144

145 Der Schutz der Schifffahrtswege vor Piraterie oder die Rettung
146 von Menschen aus unmittelbarer Lebensgefahr auf See bleibt
147 davon unberührt. Der DGB lehnt jede Aufweichung des Parla-
148 mentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ent-
149 schieden ab.

150

151 Der DGB stellt weiterhin fest, dass - unabhängig von der poli-
152 tischen Kritik an Einsatzkonzepten und dem Auftreten der
153 Bundeswehr in der Öffentlichkeit - die gewerkschaftliche Ver-
154 tretung aller Bundeswehrangehörigen Aufgabe der DGB
155 Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaft ist.

156

157 Die freie gewerkschaftliche Organisation von zivilen Beschäf-
158 tigten der Bundeswehr und von Soldatinnen und Soldaten ist
159 ein wichtiger Grundpfeiler der inneren Führung. Gerade in Zei-
160 ten der Belastungen durch die aktuellen Umstrukturierungen
161 der Bundeswehr ist dies auch dringend erforderlich

162

163 Der DGB wird diese Forderungen zusammen mit seinen Mit-
164 gliedsgewerkschaften gegenüber der Regierung, dem Parla-
165 ment und der Öffentlichkeit offensiv vertreten und in Aktionen
166 unterstreichen. Der Antikriegstag muss wieder stärker in das
167 gesellschaftliche Bewusstsein gerückt werden.